

Der Getreidhändler.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Fernsprecher Nr. 29.

88. Jahrgang.

Fernsprecher Nr. 29.

№ 20

Montag, den 26. Januar

1914

Amliches.

Ag. Oberamt Nagold.

Bekanntmachung.

Die K. Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 23. Januar 1914 die Wahl des Oberamtspf. geprüften Ludwig Reutischer in Nagold zum Ortsvorsteher der Gemeinde Walddorf bestätigt.

Nagold, den 24. Jan. 1914.

Kommerell.

Bekanntmachung, betr. die Zurückstellung bzw. Befreiung vom Militärdienst in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse.

Das Reichsgesetz vom 2. Mai 1874, § 19-22 und die Verordnung vom 22. Juli 1901 § 32 (Reg. Bl. Seite 275 ff.) enthalten bezüglich der Zurückstellung in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse folgende Bestimmungen:

1. Zurückstellungen in Berücksichtigung bürgerl. Verhältnisse sind auf Ansuchen (Reklamation) der Militärpflichtigen oder deren Angehörigen stat. (R.M.G. § 19).

2. Es dürfen vorläufig zurückgestellt werden:

- a) die einzigen Erbhelfer hilfloser Familien, erwerbsunfähiger Eltern, Großeltern oder Geschwister;
- b) der Sohn eines zur Arbeit und Aufsicht unfähigen Gewerbetreibenden, Pächters oder Gewerbetreibenden, wenn dieser Sohn dessen einzige und unentbehrliche Stütze zur wirtschaftlichen Erhaltung des Betriebes, der Pachtung oder des Gewerbes ist;
- c) der nächstälteste Bruder eines vor dem Tode gebliebenen oder an den erhaltenen Wunden gestorbenen, oder infolge derselben erwerbsunfähig gewordenen, oder im Kriege an Krankheit gestorbenen Soldaten, sofern durch die Zurückstellung den Angehörigen des letzteren eine wesentliche Erleichterung gewährt werden kann;
- d) Militärpflichtigen, welchen der Besitz oder die Pachtung von Grundstücken durch Erbschaft oder Bewirtschaftung, sofern ihr Lebensunterhalt auf deren Bewirtschaftung angewiesen und die wirtschaftliche Erhaltung des Betriebes oder der Pachtung auf andere Weise nicht zu ermöglichen ist;
- e) Inhaber von Fabriken und anderen gewerblichen Etablissements, in welchen mehrere Arbeiter beschäftigt sind, sofern der Betrieb ihnen erst innerhalb des dem Militärpflichtigen zur Verfügung stehenden Lebensalters durch Erbschaft oder Bewirtschaftung zugeworfen und deren wirtschaftliche Erhaltung auf andere Weise nicht möglich ist. Auf Inhaber von Handelsgeschäften entsprechenden Umfangs findet die Vorschrift sinngemäße Anwendung;
- f) Militärlieferanten, welche in der Vorbereitung zu einem bestimmten Lebensberuf oder in der Erwerbung einer Kunst oder eines Gewerbes beschäftigt sind und durch eine Unterbrechung bedeutenden Nachteil erleiden würden;
- g) Militärlieferanten, welche ihren dauernden Aufenthalt im Ausland haben.

3. Können 2 arbeitsfähige Erbhelfer hilfloser Familien, erwerbsunfähiger Eltern, Großeltern oder Geschwister nicht gleichzeitig ermittelt werden, so ist einer von ihnen zurückzustellen, bis der andere entlassen wird. Spätestens nach Ablauf des 2. Militärpflichtjahres soll der zurückgestellte eingezogen und gleichzeitig der zuerst Eingezogene entlassen werden. Diese Bestimmungen finden auf § 32 b entsprechende Anwendung. (R.M.G. § 20).

4. Durch Verheiratung eines Militärpflichtigen können Ansprüche auf Zurückstellung nicht begründet werden. (R.M.G. § 22).

5. Im 3. Militärpflichtjahre muß über die in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse Zurückstellungen (abgesehen von Ziffer 2 f oben) endgültig entschieden werden.

Anträge auf Zurückstellung oder Befreiung von der Aushebung sind spätestens im Musterungstermin zu stellen. Wegen der erforderlichen Fälligkeit der Verhältnisse der Geschäftsteller muß aber gemeldet werden, daß die Zurückstellungsgründe genaue Zeit vor dem Musterungstermin bei dem Oberamt einkommen.

Auf die Ankündigung eines nachträglich zu führenden Beweises kann keine Rücksicht genommen werden.

Erst nach Beendigung des Musterungsgeschäftes, so kann bezüglich der Zurückstellung noch im Aushebungstermin angebracht werden. (W.D. § 63, 3 ff. 7).

Die Beweisklagen sind herabgesetzt, ihre Wirkung durch Verlesung von Urkunden und Stellung von Zeugen und Sachverständigen zu unterstützen. (R.M.G. § 30 Ziff. 6, W.D. § 63, 3 ff. 6).

Behauptete Erwerbsunfähigkeit muß durch ärztliche Untersuchung im Musterungstermin bestätigt werden. (W.D. § 63, 3 ff. 7).

Ein Berücksichtigter, welcher sich der Erfüllung des Zwanges entzieht, der seine Befreiung vom Militärdienst herbeiführt, hat, kann vor Ablauf des Jahres, in welchem er das 25. Lebensjahr vollendet, nachträglich ausgehoben werden. (R.M.G. § 21, Abs. 2).

Die Zurückstellungsgründe solcher Militärpflichtigen über deren Militärpflicht erst zu entscheiden ist, sind von den zur Reklamation Berechtigten bei dem Ortsvorsteher des Wohnortes anzubringen. Von diesem sind nach Beibringung der etwa fehlenden Nachweise und Zeugnisse und nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse die in dem Fragebogenformular (Min. A. Bl. von 1912 S. 75 und 84) gestellten Fragen genau zu beantworten, woraus das Gesuch dem Gemeinderat zur Begutachtung und Unterzeichnung vorzulegen ist. Der ausgefüllte von dem Gemeinderat unterzeichnete Fragebogen ist möglichst 8 Tage vor dem Musterungstermin dem Ortsvorsteher der Ersatzkommission des Stellungsortes vorzulegen.

Gesuche um Entlassung eines bei einem Truppenteile eingezogenen Militärpflichtigen vor beendigter Dienstzeit sind gleichfalls in der oben vorgeschriebenen Weise bei dem Ortsvorsteher des Wohnortes anzubringen, von diesem und dem Gemeinderat zu prüfen und mit der Genehmigung des letzteren versehen dem Oberamt des Wohnortes zu übergeben. Hierbei wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß Gesuche um Entlassung im aktiven Dienst befähigter Mannschaften nur dann Berücksichtigung finden können, wenn die zur Begründung geltend gemachten Verhältnisse erst nach der Aushebung eingetreten sind. (§ 83 W.D.) Die nötigen Fragebogen können von dem Oberamt bezogen werden.

Die Herren Ortsvorsteher wollen dafür sorgen, daß begründete Gesuche rechtzeitig einkommen.

Vorstehendes ist in den Gemeinden auf Ortsübliche Weise bekannt zu machen. (Vgl. Verh. Ver. v. 24. Febr. 1912 § 1 Abs. 2, Amtbl. S. 65).

Den 21. Januar 1914.

Kommerell.

Ruhepause der Sozialpolitik.

Die Rede des Staatssekretärs des Innern Dr. Debelick wendet ein weitgehendes Echo. Daß die Sozialpolitik zu einem gewissen Abschluß gelangt sei und daß das Tempo für weitere Reformen verlangsamt werden solle, findet in weiten Kreisen, namentlich der Industrie und der Landwirtschaft, in denen die Klagen über die zunehmenden Lasten der Sozialpolitik immer lauter geworden sind, lebhaftest Zustimmung. Der Sozialreformer sieht sich einer neuen Situation gegenüber, zu der er sich mit einfachem Ja oder Nein Stellung nehmen kann. Politische Programmverschiebungen überläßt er dabei den Politikern, aber von seinem rein sozialistischen Standpunkt aus wird er zweierlei sagen müssen: ein Stillstand der Sozialpolitik ist ausgeschlossen und ist auch wohl nicht der Sinn der Verfügungen des Staatssekretärs; eine Verlangsamung der Neuerungen und Verbesserungen und Schutzbestimmungen (die „Kompensationsmaßnahme“) wird ihm aber auch durchaus willkommen sein — und zwar nicht allein deshalb, weil diese Ruhe zum Auswirken und Lebendigen Ausgestalten des Erreichten nützlich ist, sondern auch noch nützlich deshalb, weil eine Schonung der Industrie notwendig erscheint, wenn nicht die Henne, die die goldenen Eier legt, geschlachtet werden soll.

Denn Sozialpolitik ist doch wohl etwas anderes als das Bestreben, immer nur einem Teile zu geben, auf Kosten des anderen, also dem einen, der wenig hat, etwas gibt und es da wegnimmt, wo es gerade vorhanden ist. Sozialpolitik ist vielmehr in Wahrheit ein wirklich gerechter Ausgleich, es ist eine Formäusentwicklung auf sorgsam unterwachten Grunde und es muß vor allen Dingen etwas sein, was organisch aus der wirtschaftlichen Verfassung hervorgeht. Deshalb ist es allerdings richtig, es als ein momentanes soziales Gebilde anzusehen, daß der Anteil am Arbeitsprodukt auf alle übertragen, die daran aktiv teilnehmen, in richtiger Weise verteilt wird. Das ist nützlich nicht gleichbedeutend damit, daß der Arbeitnehmer, überhaupt der Abhängige, gegen alle in jede Wechselstille des Lebens versichert wird und seine Selbstverantwortlichkeit bedenklich vernachlässigt. Wenn dies zugleich mit einer Erleichterung der gewerblichen Arbeit einhergeht, die von dem Unternehmer bald nicht mehr getragen werden kann, so kann man diesen nicht als den gerechten Ausgleich, den die Sozialpolitik betonen soll, betrachten. In diesem Sinne und in dieser Beschränkung hat der Staatssekretär offenbar die erwünschte

Ruhepause und den gewissen Abschluß der „Sozialpolitik“ gemeint, indem er die Tragfähigkeit der nationalen Arbeit und die Handelsbilanz ins Feld führte. Aber dies ist doch eben nur ein praktischer Niederschlag sozialer Fortschritts, das rasche Reformieren von Einzelheiten, das Erfüllen von Forderungen, das Erlassen von Gesetzbestimmungen, um solche Forderungen des einen Teils zu erfüllen. Nicht berührt wird davon das weitere Durchbringen des wirtschaftlichen Lebens mit sozialer Gerechtigkeit. Dies kann nicht aufhören, kann zu keinem „Abschluß“ gelangen, und in dieser Hinsicht sind wir noch mitten im Werden, jedoch eine Ruhepause Rückschritt bedeuten müßte. Der Staatssekretär hat ja selbst derartige Fragen genannt, die weiter der Klärung und Erledigung harren: das Koalitionsrecht und die Rechtsstellung der Berufsvereine. Es sind dies Teile eines allgemeinen Arbeitsrechts, das zur Einheitslichkeit drängt und das sich nur dann klären und erenden kann, wenn eben nicht immerfort neue soziale Gesetzänderungen in Einzelheiten und damit dauernde Unruhe in die Rechtsbeziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bringen. Das ist eben das Gebiet des Arbeitsrechts, das dem Juristen wie dem Sozialpolitiker eine Fülle von Problemen aufwirft und bei dem es vor allen Dingen nötig erscheint: so wenig wie möglich künstlich vorgeschoben, sondern die jetzt schon viel zu zerstreute und verwickelte Gesetzgebung in ein einheitliches Arbeitsgesetz überzuführen. Ein solches müßte große Gesichtspunkte bringen, unter denen sich leben läßt und die einem verständigen Richter die Möglichkeit gewähren, diese großen Gesichtspunkte in brauchbarer Weise auf das verwickelte wirtschaftliche und soziale Leben anzuwenden. Aber Sozialpolitik ist noch etwas viel Weiteres. Aus dem Parlament ist eine Reihe solcher Fragen erwöhnt worden, die sozial im höchsten Sinne sind und bei denen es gilt, bedürftigen Volksschichten auf dem Wege gesetzlicher und verwaltungsmäßiger Fürsorge zu Hilfe zu kommen. So verlangt man nichts mit Unrecht — für den Weinbau die Bereitstellung größerer Reichsmittel, und so hat man weiter allerlei andere Fragen schon aufgeworfen, die der Lösung und Erledigung harren.

Die richtige Verteilung wirtschaftlichen Gewinns hängt eng zusammen mit einer Steuerpolitik, die einen unerbittlichen Gewinn in höherem Maße heranzieht und normierend auf dem Prinzip der Leistungsfähigkeit ausgebaut ist. Dahin gehört z. B. der Entwurf über die Konglomerierung und Besteuerung von Buchmachern, der im Reichstag vorliegt und bei dem es darauf ankommt, einen Paragrafen im Einkommensteuergesetz zum mindesten wenigstens durch größere Abgaben für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Dahin gehört weiter der Versuch einer befürworteten Einkommensteuer, der jüngst in Lübeck geplant, aber nicht durchgegangen ist. (Der Entwurf ging lediglich aus dem Grunde nicht durch, weil Lübeck dadurch einen Wegzug vieler unverschuldeter Leute befürchtete, während man dort u. d. auch anderweitig im Prinzip eine solche Besteuerung für durchaus richtig und sehr gerecht hielt.)

Weiter wird man erst dann, wenn man wirklich einmal sich in den letzten Kreisen der Bodenfrage gründlich und energisch angenommen haben wird zu einem leblichen sozialen Zustand kommen können, ganz abgesehen davon, daß auch die schlimme Wohnungsfrage erst dann ihrer Lösung näher geführt werden kann.

Ferner sind es noch Bildungsfragen, die auf dem sozialen Programm der Gegenwart stehen. Namentlich hat man es da mit dem reuesten Bildungselement, dem Kinde zu tun, das einer verwaltungsmäßigen Regelung entgegengeht und von einzelnen Bundesstaaten bereits mit Sondergesetzen bedacht worden ist.

Alle soziale Wohlfahrt hängt natürlich eng mit einer Pflege der Rassenhygiene zusammen, die auf dem Boden der sozialen Hygiene erwächst. Hier wird ja mancherlei, aber noch viel zu wenig getan. Die Fürsorge für den Sport und für die Gesundheit des Volkes, etwa durch Ehegesundheitszeugnisse und gestärkte Anmeldungspflicht für vererbliche Krankheiten (namentlich Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose) ist für die Regierung noch ziemlich ein Buch mit 7 Siegeln. Man hat erkranktlich erst dann ein Recht, für die Steigerung der Geburtenzahl sorgen zu wollen, wenn man auch zugleich in intensiver Weise dafür sorgt, daß die Qualität der Geburten gebessert wird und damit die rechte Zukunftspolitik getrieben wird. Das alles sind auch, so in höherem Sinne, soziale Aufgaben, für die es einen Stillstand nicht abt. Für ihre Entschloßung aber kann die Ruhepause, die in der engsten Arbeiter- und Sozialpolitik et treten soll, von Nutzen sein, denn man befreit sich dann gewiß auf die großen sozialen Förderungspläne für die Allgemeinheit.

Anzeigen-Gebühr für die einspalt. Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmal. Einrückung 10 A. bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.

Beilagen: Wanderblätter, Illust. Sonntagsblatt und Schönl. Landwirt.

38., 10 rechen.

Stuttgart.

1914.

minars.

in, in d-moll Beethoven;

Kammernestler des Stuttgart, Lehrer Schmid.

rat: Dieterle. Kaiser, Buchhdlg.

Nagold, neu aufgestellte ge-

ha

u verkaufen.

inger, Sattlermeister.

Nagold, meter verkauft am den 26. Januar ein 12 Wochen trächtiges

Mutter-

schwein

und

uferschwaine

l Birn, Pflugwirt.

Esslingen.

erzeichnete legt eine schwarze

uh

Kalb (4 Wochen alt), ochträchtige, gewöhnt, auf aus.

J. G. Braun.

uldswaine.

G. W. Kaiser.

edienst in Nagold: Sonntag nach Epiphantas, am 1/10 Uhr Predigt. (F. H. der hl. Familie) 420, 1/2 Uhr (Lichte) 1/8 Uhr Erbe im Vereinshaus. ag, den 29. Jan. abends 8 Uhr im Vereinshaus.

tedienst in Nagold: (F. H. der hl. Familie) 1/2 Uhr Predigt u. Hochzeit Andacht. (Montag 11 Uhr)

ust der Methodistene in Nagold: den 25. Jan., morgens 8 Uhr, abds. 1/8 Uhr Predigt. abends 8 Uhr Gebetsstunde. ist freundlich eingeladen.



den Lebenslauf
den Glück- und
in Ochsendorfer
diese Wünsche
Kammer setzte
den-Venstionsge-
Artikel bedatlos
des Ruhegehaltes
habe für Neben-
erhöhung einbe-
trag des Abg.
Kassenmitglied,
mindestens 5 Jahre
Angehörigkeit des
Ruhgehalts
Veränderung des
den ist. Die Be-
und Rembold-
und en meger
der Gemeinde-
Unfähigkeit in
der Verwal-
der Minister
in Verbindung
ndelt werde, sich
Erhöhung der
er Verwaltungs-
o. Gauß (V.)
nterblieben regte
chung der vom
die Genäßung
Kinder an. Diese
läng, der auf eine
bet einermaligen
stige, eine Bestim-
aufzunehmen, er-
Staatsbeamten-
die unehelichen
der Abg. Stroß
Nächste Sitzung
des Ständischen
Ausfusses
die Erschließung
Aufhebung
Merkung, daß
ine Vorlage über
acht werde, stützt
nein kürzlich ge-
ngt ist tatsächlich
in dieser Ange-
der Möglichkeit
Kriegsregierungen
nach nur mit
Seniorenkonvent
umsetzung und
möglichsterweise in
stille Krüftung.
Kriegsregierungen
an anderer Seite
im Seniorenkon-
Verband für das
eine Zusammen-
wesen Interes-
sierter Innungen
schneiderrmeister
zu gab das von
Januar an er-
fassung allgemein
Anhangsamt und
der verschiedene
Stellung der Ver-
gelung des Sub-
r-Aufstellung von
kam man dahin
Landwerkskammer
s Statutar, von
schlechte benannt
ung derselben mit
fe.
an der Kgl.
Mittwoch 28.1.
1. Das Winter-
ar und Zimmer-
hen (8), Sonntag
st, zu Einheits-
ines Haus:
g aus dem Serall
Die Hebermanns
ebe Augustin (8),
ng des Schwur-
1/2. Anklagehafte
Künste, Bodens
merstag 29. J-n.,
Katharina Well,
Buch, Bauer in
ma; Freitag 30.
r. R. in U. wegen
schuldig.

Tübingen, 24. Jan. (Geschworenensliste.) Nachge-
gen wurden: Gottfried Kern, Bauer und Gemeinderat
in Hohenweiler; Hermann Kottler, Börsenmakler hier; Christian
Häberle, Kaufmann in Neckarhausen; Otto Held, Fabrikant
in Urach; Christian Schmid, Wälgelmeister hier.

Gerichtssaal.

r Ravensburg, 22. Jan. (Mängelvergehen.)
Die Geschworenen hatten heute über den schon einmal
wegen Mängelvergehens vorbestraften Metzger Johann
Georg Hub wegen des gleichen Vergehens abzuurteilen.
Er war angeklagt, in Oesterreich falsche Fleischmarken
bergestellt zu haben, sie an den Mann zu bringen, Hub
leugnete hartnäckig. Die Geschworenen sprachen ihn aber
auf Grund des Beweismaterials für schuldig. Der Staats-
anwalt beantragte 5 Jahre Zuchthaus und 5jähriger Ver-
lust der bürgerlichen Ehre. Das Urteil lautete auf 4 Jahre
und 5 Monate Zuchthaus.

Deutsches Reich.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. Jan. Wir bemerken zunächst bezüglich
unseres letzten Reichstagsberichts, daß der Reichskanzler
gegen die Ausführungen des Abg. Frank (Soz.) protestierte,
mit welchen er den deutschen Kronprinzen in nahe Freundschaft
mit den Berühmten der Verfassung und mit den
Staatsrechtlichern bezeichnete. (Vergl. a. unten S. 8.)

Freitagssitzung: Die Interpellationen über Zabern.

Zur Ergänzung unseres kurzen Auszugs bringen wir
die folgende Uebersicht nach dem „Schwäb. Merkur“:

Berlin, 23. Jan. Da wäre also der mit so viel
Spannung erwartete Tag der „Reichstagsabrechnung“ über
Zabern! Man war etwas gespannt, was die Interpellations-
redner, nachdem über die Zaberner Vorgänge, ihr Vorbild
und Nachspiel, bis zum Ueberdruß geschwiegen und geredet
worden ist, Neues zu sagen wissen. Kurz nach 12 Uhr ist
alles dicht besetzt; der Saal, der Bundesratsaal und die
Tribüne. Kurz nach der Eröffnung der Sitzung erscheint
mit dem Staatssekretär Dr. Delbrück der Reichskanzler
u. Behmann-Hollweg. Inzwischen ist schon im Sitzungs-
tempo die kurze Anfrage des Genossen Quack aus Frank-
furt betr. die Gesetze über den Handel mit Sitten beant-
wortet worden. Schon ist der sog. dem. Abg. Dr. Frank-
Mannheim mit sicherem Schritt die Treppe zum Rednerpult
hinaufgestiegen und hat die Interpellationen seiner Freunde
zu begründen begonnen. Frank gilt als der beste Redner
seiner Partei; es trifft bei ihm ein helles Licht mit einem
wühlen Kopf zusammen. Frank sieht wie immer aufrecht
da, wenn die Wogen der Erregung um ihn hoch gehen.
Seine Rede ist nicht ein, die spannende Erwartung unter
den Hörern kommt zunächst nicht auf ihre Rechnung. Er
nimmt sich gleich den Reichskanzler persönlich aufs Korn.
Das Volk sollte wissen, wozu es ist, es will, daß es nor-
drie in der Richtung auf den Verfassungsstaat gebe, nicht
rückwärts zum Polizeistaat. Manche wichtige Wendungen
Frank's erregen allgemeine Heiterkeit, so die von dem be-
kannten „Sakobiner“ Fichtl u. Jeddli, der zuerst eine
Nachprüfung der Kabinettsorder von 1820 anregte. Der
Redner hat sich freilich von vornherein darauf gefaßt gemacht,
daß Zabern allein keine Senzation mehr zu machen imstande
wäre; deshalb nimmt er des längeren und breiteren die
denkbarste Figur des Hrn. v. Jagow vor. Als er auf diesen
ein Wort anwendet, das er mal ein österreichischer Junist auf
jemand anders prägte, „Herr von Jagow ist zu nichts und
zu allem fähig“, brach das ganze Haus in lärmliche Hei-
terkeit aus. Nach Jagow kommt der Kronprinz an die
Reihe. Bei allzu maßlosen Äußerungen wendet sich der
Reichskanzler mehrmals kräftig nach dem Präsidenten um,
der den Redner dann mehrmals unter dem Lörm der Ge-
nossen zur Mäßigung ermahnt. Als dritter Helfer dient
dann dem Redner der Preußenbund. Auch hierbei muß
ihn der Präsident mehrmals ermahnen. Die Angriffe sind
scharf und giftig; mancher Witz wird mit Heiterkeit quittiert,
so als er dem Kanzler wegen seiner Fährde unter den „echten
Preußen“ prophezeit, daß er verlöschen wie König Lear da-
stehen werde und daß auch Bassermann ihn verlassen werde.
Der Reichskanzler nimmt dann sofort das Wort um die
unerbittlichen Angriffe Frank's gegen den Kronprinzen zurück-
zuweisen, von dem Frank sagte, daß er in intimer Freundschaft
mit Verächtern der Verfassung und mit Staatsrechtlich-
büßern stehe.

Nach der Rede des Abg. Frank-Mannheim, geht der
Abg. Vogt, der bekannte Strafrechtslehrer an der Berliner
Universität, auf die rechtliche Seite der Zaberner Vorgänge
ein. Er präzisiert seinen Standpunkt hauptsächlich dahin,
daß Oberst v. Reuter ungesetlich gehandelt habe und daß die
Kabinettsorder von 1820 keine Gültigkeit mehr habe. Das
sei die Ansicht der meisten Juristen. Der Reichskanzler
erhebt sich sodann, um die Interpellation in etwa 1/2 stündiger
ruhiger und äußerst sachlicher Rede zu beantworten. Er
ist den Parteien, nicht immer wieder in der Wunde
von Zabern herumzuwühlen, sondern vielmehr mitzu-
helfen, sie zu heilen. Die Kabinettsorder von 1820 werde
geprüft werden. Der Partikularismus sei zu nichts nütze.
Auf gemeinsame Arbeit zum Wohl des ganzen Reichs
komme es an. Dann geht er über zu einer Abweisung
der Anklagen, die auf dem Preußentag gegen die bayerische
Armee erhoben worden sind, der er ein recht warmes und
sympathisch aufgenommenes Lob zollt. Die Rede des Reichs-
kanzlers berührt im ganzen Hause annehmlich, wenn auch
die Sozialdemokraten gleich laut rufen. Sedenfalls hat
der Kanzler am heutigen Tage Frieden geschlossen mit den

bürgerlichen Parteien. Dies bringt auch Abg. Fehren-
bach zum Ausdruck, wenn er auch im übrigen seine Aus-
führungen von der ersten Zaberner Interpellation aufrecht
hält. Der Abg. Bassermann meint, daß die Zaberner
Klatschhölzer in Einzelfragen wenigstens versagt habe, aber
das sympatische Verhalten des Oberst v. Reuter vor Gericht
habe einen gewissen Umwandlung in der öffentlichen Meinung
herbeigeführt. Noch ihm präzisierter der Abg. Graf Westarp
den Standpunkt der kons. Partei zum Preußenbund. Als
Partei können die Konserativen mit dem Sonntag im
Abgeordnetenhause auf dem Preußentag gemachten Aus-
führungen sich nicht einverstanden erklären. Der Reichs-
kanzler schließt sich ähnlich wie Graf Westarp. Zur
Verständlichkeit mahnt der Abg. Herzog (W. G.). Der
dann folgende Redner, der Fortschrittler Raumann ver-
sichert es, das ablaufende Interesse des Hauses wieder zu
beleben. Von der Armer sei zu fordern, daß ihre Gewalt
sich mit Verstand und Menschlichkeit paare. Nach Rau-
mann spricht der Sozialdemokrat Ledebour heftig und
geroht, vom Präsidenten mehrmals zur Mäßigung ermahnt
und zur Ordnung gerufen wegen seiner heftigen Ausfälle
gegen den Kronprinzen, die namens der Reichsteilung auch
Staatssekretär Dr. Delbrück energisch zurückweist, nachdem
er vorher noch namens der Reichsteilung den bürgerlichen
Parteien den Dank für die sachliche Behandlung der Inter-
pellationen ausgesprochen hat.

Die Zaberner Anträge des Zentrums und der Nationalliberalen angenommen.

r Berlin, 24. Jan. Am Bundesratsaal niemand.
Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung eines von
der Fortschritt. Volkspartei eingebrachten Gesetzentwurfes
über die Befugnisse der bewaffneten Macht zur Ausübung
der staatlichen Zwangsgewalt. Auf Vorschlag des Präsi-
denten werden hiermit verbunden die Initiativanträge der
Länder, der Sozialdemokraten, der Nationalliberalen und
des Zentrums, die sich auf die Regelung der Befugnisse der
bewaffneten Macht, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit
und die Nachprüfung der Dienstvorschriften über den
Waffengebrauch des Militärs vom Jahre 1899 beziehen.
Nebenstehend zur Begründung Dr. Müller-Reinigen
(D.) der Aushunft darüber verlangt, was gleich sein soll, daß
solche Ereignisse wie die in Zabern in Zukunft vermieden
werden. Eine Resolution genüge nicht. Fehrenbach (Z.)
erklärt sich für den Antrag Bassermann, Haase meint,
der Reichstag müßte der Regierung keine ganze Macht
gelassen, wenn er einen Funken Selbstachtung hätte. Weiter
spricht Abgeordneter Haus (L.) für die Befestigung
des schwankenden Rechtsbodens in Elb-Lothringen.
Bassermann (natl.): In Ausnahmefällen muß dem
Militär das Recht vorbehalten bleiben, selbständig einzu-
schreiten. Es kann vorkommen, daß die Zivilbehörden
überhaupt nicht mehr am Platze sind. Nach ich bitte um
möglichst einstimmige Annahme. Damit schließt die Debatte.
Die Abstimmung ergibt die Annahme der Anträge des
Zentrums und der Nationalliberalen mit großer Mehrheit
gegen die Stimmen der Rechten, mit Ausnahme des Grafen
Poladomski, der für den Zentrumsantrag stimmt. Der
Gesetzentwurf der Fortschrittlich. Volkspartei, sowie die
Anträge der Sozialdemokraten und der Länder werden
einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Damit
ist dieser Gegenstand erledigt. Als erster Punkt steht die
Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichslands des
Innern auf der Tagesordnung. Es wird aber gegen die
Stimmen der Rechten unter lautem Beifallsrufen ein Be-
tagungsantrag angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch 2
Uhr. Etat des Reichslands des Innern. Schluß 11 Uhr.

Berlin, 22. Jan. In einem westlichen Vorort Ber-
lins wurde ein Höligenkult wegen Spionageverdachts
verhaftet. Er wird beschuldigt, Patente, die als Staats-
geheimnis angesehen waren, fremden Mächten zum Kauf
angeboten zu haben.

Berlin, 23. Jan. Die Hausfuchungen bei den Dres-
dener Zigarettenfabriken werden mit der geplanten Einfüh-
rung eines Reichsmonopols für Zigaretten begünstigt. Von
sehr gut unrichtiger Seite wird dem „Berliner Tagebl.“
mitgeteilt, daß bei der Regierung schon seit längerer Zeit
Verhandlungen über ein Zigarettenmonopol ein-
zuführen. Es ist bereits im Reichsamt des Innern ein die
in die kleinsten Details ausgearbeiteter Entwurf vorbereitet
worden. In Dresden sind Berichte aufgetaucht, daß der
Staatsanwalt die Hausfuchungen angeordnet habe, weil der
Verdacht bestehe, daß in den vorangehenden Prozessen
mit den Antikursverletern verschiedene falsche eldesstaatliche
Versicherungen abgegeben worden sind.

Pforzheim, 25. Jan. (Flüchtig?) Seit einiger
Zeit ist der Bijouteriefabrikant Otto Kalpar (Inhaber der
erloschenen Firma F. Weber's Nachf.) von hier abwesend.
Vermutlich ist er nach Amerika gegangen. Es ist gear-
tet, ihn von einer anderen Bijouteriefabrik Anzele wegen Ver-
tragsverletzung zu verklagen. Es handelt sich vorerst um 150.000 A.

Pforzheim, 22. Jan. Zu den hier sehr lebhaft erstrebten
Bahnlinien gehört, wie auch von uns kürzlich erwähnt, eine
solche Pforzheim-Waldbrunn-der's Würmlal. Sie
würde vielen Hunderten von Arbeitern lehrer-
Erziehung der hiesigen Fabriken ermöglichen und auch die Zufuhr von
Markterzeugnissen erleichtern. Der „Schw. Merk.“ schreibt
hierzu: Leider verhält sich die badische Regierung aber recht
ablehnend, noch ablehnender als die württembergische. Kürz-
lich hat Landtagsabg. Fabrikant Odenwald diese Sache
auch im Landtag wieder brocht. Er sagte, daß die badische
Regierung es nicht für der Mühe wert erunden habe, das,
was auf dem letzten Landtag einstimmig ausgeprochen
wurde, auszuführen, nämlich, daß zwischen der badischen

und würt. Regierung wegen der Bahn Verhandlungen
gepflogen werden sollen. Nebenbei bemerkt, plant die Stadt
Pforzheim, selbst (möglichst mit staatlichem Zuschuß) eine
elektrische Bahn eine Strecke weit ins Würmlal zu bauen.
Sie kann aber wegen Mangel der nötigen elektrischen Kraft
vorerst nicht an die Ausführung denken. Inzwischen haben,
da das Bedürfnis einer Verbindung immer dringender wird,
die Württembergischen bei der Regierung eine neue Ein-
gabe und zwar um Zuschuß zu einer als Provisorium
zu errichtenden Automobilbahn eingereicht.

München, 21. Jan. Das österreichische Kriegs-
ministerium hat Herrn Dr. Georg Hirth in München mitgeteilt,
daß sein Vorschlag zur Verhütung des Hochschlages bei
München usw. in geeigneter Weise berücksichtigt werden solle.
Auch in Bayern ist von einzelnen Kompaniechefs die Be-
kämpfung des Hochschlages nach der Theorie Dr. Hirths mit
vollem Erfolg angewandt worden und zwar unter Veräch-
tung der in seiner letzten Schrift über elektrischen
Zellurgon angegebenen Modifikationen, wonach die der
Mannschaft zu übergebenden Salzpräparat oder -Tabletten
zum wirtlichen größten Teile aus Natrium bicarbonicum be-
stehen sollen, weil durch die dem Hochschlag voraustrühenden
körperlichen Anstrengungen die Säurebildung bedeutend
erhöht und dadurch die Entstehung eines wirksamen
Zellurgon verhindert wird.

Ausland.

Rom, 22. Jan. Im Jahre 1913 belief sich die Ein-
fuhr auf Lire 3638 270 589, das sind Lire 63 651 527
weniger, als im Jahre 1912; die Ausfuhr auf Lire
2 503 913 622, das sind Lire 106 986 330 mehr als im
Jahre 1912. Insgesamt besserte sich die Handelsbilanz
um 170 Millionen Lire gegen das Jahr 1912.

Paris, 24. Jan. Der Eindruck, den die Pariser
Presse von der gestrigen Zabernerdebatte im Deutschen Reichs-
tage erhalten hat, spiegelt sich in langen Berichten der ver-
schiedensten Berliner Korrespondenten wieder. Sie sprechen
sämtlich von einer Niederlage der Opposition und einem
vollständigen Siege der Regierung. Außerdem wird überall
herorgehoben, daß dieser Verlauf der Debatte keinerlei
Ueberraschungen hervorgerufen hat und sich die gestrige
Reichstagsitzung den Straßburger Kriegsgerichts-Urteilen
würdig an die Seite stelle.

Stockholm, 23. Jan. Außer den Vermächtnissen
an Privatpersonen hat die Königin Witwe Sofia 150000
Kronen für das Hoftheater, W. B. No. 16 St. 20000
Kronen für den allgemeinen Stockholmer Schützenverein und
10000 Kronen für das Schützenfest der Königin testamentiert.

Carnegie und „die Pflichten des Reichens“. Der
Milliardär Carnegie hat sich in London durch eine eifri-
gige Sprechmaschine kinematographisch für die Reichweite
vermehrt. Carnegie sprach über die Pflichten des reichen
Mannes gegenüber dem Gemeinwesen und sagt: „Zunächst
ist es die Pflicht des Reichens, durch ein einfaches Leben
seinen Mitbürgern ein Beispiel zu setzen und alles Auf-
wändige zu vermeiden. Für seine Nachkommen soll er in
möglichster Weise Fürsorge treffen, und schließlich soll er allen
verbleibenden Uberschuß an Reichtum als ein ihm angebrachtes
Darlehen betrachten, das er zum Segen und zur Wohlfahrt
eines Volkes verwenden soll.“

Landwirtschaft, Handel und Verkehr.

Berrenberg, 24. Jan. Auf den heutigen Schwelmermarkt waren
zugeführt: 65 Stck. Milchschweine; Eils pro Paar 30-42 A.
58 Stck. Kügelchenschweine; Eils pro Paar 65-80 A. Verkauf: Han.

Berrenberg, 23. Jan. Beim letzten Brunnholzermarkt im
hiesigen Stadtwald waren die Preise ziemlich hoch. Es wurden be-
zahlt für 2 Km. höhere Scher 26-30 A., für 2 Km. höhere
Birkel und 100 höhere Wälen bis zu 26 A.

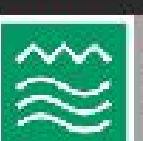
Anwärter Todesfälle.

Gottlob Reimer, 48 J., Mühlberg, Wilhelm Pfeiderer, Pri-
vater, Rottenburg.

Täglich kann abonniert werden!

Sieben ist erschienen!
Wehrbeitrags-Vermögenserklärung
Ein vollständiges Muster nebst einer Anleitung zur
Darstellung und Berechnung der einzelnen
Vermögenswerte mit einem Anhang.
Von A. Reife,
Kreisor beim R. Steuerkollegium in Stuttgart.
Preis 80 Pfennig.
Ein vollständig ausgefülltes Formular zu einer Vermögens-
erklärung mit allen nur denkbaren praktischen Beispielen, erläutert
und ergänzt durch eine ausführliche und leicht verständliche An-
leitung hierzu, gibt jedem Beitragspflichtigen und den Veranlagungs-
beamten das in die Hand, was sie bei der Aufstellung belegen-
swürdiger Beiträge hierzu bei den in der Zeit vom 17. bis 31. Januar
1914 abzugebenden Vermögenserklärungen so bringen bedürfen.
Dieses einem allgemeinen Vorbild entsprechende Formularmuster
wird im Anhang nach den hauptsächlichsten Bestimmungen des
am 1. April 1917 in Kraft tretenden Vermögenssteuergesetzes vom
3. Juli 1913, den Text hierzu und den des Wehrbeitragsgesetzes
von gleichem Jahr entsprechend erdrukt. Einzelne Beispiele o. an-
schauliche die Wirkung beider Gesetze, die einander peinlich genau
erschließen, so daß keines derselben ohne das andere gebacht werden
kann.
Vorrätig bei der G. W. Zaiser'schen Buchhandlung, Nagold.

Wutowski, Wetter am Dienstag und Mittwoch.
Von Nordwesten her dringt ein Lustwölbel nach Mittel-
europa vor. Für Dienstag und Mittwoch sieht Laumetter
dieser.
Für die Redaktion verantwortlich: Karl Bauer. — Druck u. Ver-
lag der G. W. Zaiser'schen Buchdruckerei (Karl Zaiser, Nagold).



Stadtgemeinde Nagold.
**Laubholzstammholz=,
 Laubholzstangen=,
 Beigholz= und Reifig=Verkauf.**



Dienstag, 27. Januar
 aus Distrikt Winterhalde, Abt. Amelienbühl:
 Laubholzstammholz: Eiche V. Kl. 1 St.,
 Fhm. 0,19; VI. Kl. 5 St., Fm. 0,76;
 Hainbuche VI. Kl., 1 St., Fm. 0,12;
 Eiche VI. Kl. 2 St., Fm. 0,31; Linde
 V. Kl., 1 St., 0,27 Fm.

Laubholzstangen: Verbstangen, 11,1—14,0 cm stark, 9,1—11 m lang,
 Eiche 13, Mahholder 14, Hainbuche 40, Eiche 17.
 Beigholz Km.: Ahorn Koller 2; Buche Prügel 64, sonstiges Laub-
 holz Prügel 42; Nadelholz Prügel 4.
 Reifig, Wellen gebunden: Laubholz 3197, Nadelholz 701.
 Zusammenkunft 1 Uhr am Winterbeilste.

Walddorf.
Stangen-Verkauf.
 Am Freitag, den 30. ds. Mts.

den nachmittags 1 Uhr an kommen auf
 hiesigen Rathaus aus den Gemeindefor-
 walden, Kälberhau, Hochwald, und Haupt
 zum Verkauf:
 Baustangen Kl. I. a. 320 Stück
 " " II. u. III. 100 Stück
 Hagstangen Klasse I., II., III. 230 Stück
 Hopfenstangen " I., II., IV. 180 "



Liedhaber sind eingeladen.
 Walddorf, den 23. Januar 1914.
 Gemeinderat.

Trölkchhof Station Wildberg oder Talmühle.
Nadelholz-Verkauf.

50—60 Fst. II., III. und IV. Klasse.
 Angebote wollen in ganzen und $\frac{1}{10}$ Prozenten der staatlichen
 Taxpreise ausgedrückt, verschlossen längstens bis
2. Februar, nachmittags 2 Uhr
 eingereicht werden.
 Die Öffnung der Offerte findet um diese Zeit auf dem Hofe statt.
A. u. K. Link.

Insereien schafft Abs. k!

Kursbericht vom 24. Januar 1913.
 Mitgeteilt durch
Bank-Kommandite Ferd. Carl Weil & Cie. in Gorb a. N.,
 Kommandite der Stahl & Federer A.-G. Stuttgart.
 Giro-Konto bei der Württg. Notenbank in Stuttgart.
 Postcheck-Konto Nr. 2267 beim Postfachamt Stuttgart, Telefon Nr. 78

1. a) Obligationen.		4% Nürnberg. Vereinsbk. 1922	98,70
4%	neue Württ. Staats-Obl.	4% Frankf. Hyp.-Kred. 1922	98,50
3%	1908 Staats-Obl.	4% Frankf. Hyp.-Kred. 1917	94,50
	hies. Zöber	4% Weltb. Bod.-Kred.-Anst. 1922	94,50
3%	Württemberg. Staatsobligationen	4% Deutsch. Pfdb.-Bk. 1922	94,50
3%	Bayerische Staatsobligationen		
3%	Bayerische Staatsobligationen	2. Aktien.	
3%	Bayerische Staatsobligationen	Deutsche Bank	232,50
3%	Bayerische Staatsobligationen	Darlehenskassenbank	119,50
3%	Bayerische Staatsobligationen	Disconto-Gesellschaft	191,40
3%	Bayerische Staatsobligationen	Harbb. Ludb.	115,20
3%	Bayerische Staatsobligationen	Hamb.-Amer. Paketf.	134,-
3%	Bayerische Staatsobligationen	Hansa-Dampfschiffahrt	283,-
3%	Bayerische Staatsobligationen	Oberst. Kohle	77,50
3%	Bayerische Staatsobligationen	Preuss. Bergw.	167,50
3%	Bayerische Staatsobligationen	Preuss. Bergw.	240,10
3%	Bayerische Staatsobligationen	Preuss. Bergw.	163,50
3%	Bayerische Staatsobligationen	Preuss. Bergw.	192,10
3%	Bayerische Staatsobligationen	Preuss. Bergw.	140,-
3%	Bayerische Staatsobligationen	Preuss. Bergw.	167,10
3%	Bayerische Staatsobligationen	Preuss. Bergw.	579,80
3%	Bayerische Staatsobligationen	Preuss. Bergw.	6,38,50
3%	Bayerische Staatsobligationen	Preuss. Bergw.	331,-
3%	Bayerische Staatsobligationen	Preuss. Bergw.	47,5%

Ausführungen an den Börsen belaufen sich zu den billigsten Beding-
 ungen. Kaufens Ideen bitte mehrere Wochen vor Bedarf abzu-
 geben. Die überzähligen Vor-Depositen und größeren pro-Hauszahl Check-Conti
 Versicherung versicherter Wertpapiere gegen Kursverlust.
 Einzug aller in das Bankbuch einschlagenden Beiträge.
 Einreichung unserer Selbstverpflichtung der Bilanz.

Militär-u. Veteranen-
 Verein Nagold.
 Der selbsterge-
Bereinsdiener

Ist aus dienstlichen Gründen zurück-
 getreten; Bewerber wollen sich in den
 nächsten Tagen bei mir melden.
 Galler.

Nagold.
**Neue
 Hülsenfrüchte**
**Linzen,
 Erbsen,
 Perlbohnen,
 Mörgemüse,**
 Gemüse-Julienne,
 Schnittbohnen
 empfiehlt billigst.
Gustav Heller.

Seifenpulver
Schneekönig
 wäscht blendend
 weiß

Eßlingen.
 Der Unterzeichnete feht eine schwere
Ruh
 mit dem 2. Kalb (4 Wochen alt),
 oder eine hochtrachtige, gewöhnt,
 dem Verkauf aus.
J. G. Braun.

Ein
**Schreiner-
 Lehrling**
 kann aufs Frühjahr eintreten bei
Chr. Weimer, Schreinermeister.

Nagold.
Lehrlings-Gesuch.
 Kräftiger, ordentlicher Junge
 findet aufs Frühjahr gute Lehrstelle
 bei **Chr. Wacker, Kupferschmiede.**

Ski-Heil!

Schwäbisches Wandebuch
 für den Schneeschuhsport
 Preis M. 1.—
 Vorwärts bei
G. W. Zaiser, Nagold.

Nagold.
 Am Dienstag, den 27. Januar
Metzelsuppe
 in den oberen Räumen des Hauses.
Paul Luz, Posthotel.

Rohrdorf, b. Nagold, 25. Januar. 1914.
Todes-Anzeige.
 Verwandten und Bekannten machen wir
 die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter,
 Schwester und Schwiegertochter
Elise Bränning, Wtw., geb. Kaufner,
 heute nacht in Tübingen im Alter von 41 Jahren
 von ihrem schweren Leiden durch einen sanften
 Tod erlöst worden ist.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
 der Schwiegertochter: **Friedrich Bränning.**
 Beerdigung in Rohrdorf Dienstag, 27. Jan., nachm. 2 Uhr.

Dankfagung.
 In den Monaten Dezember und Januar sind für christliche An-
 halten Gaben im Gesamtbetrag von 293 M. 50 Pf. (darunter von f. N.
 M. 160 M.), bei den Unterzeichneten eingegangen. Dieselben wurden
 heute versandt. Es erhielten Beiträge: Stadtmittion Stuttgart; Evang.
 Presbyterband für Württ.; Notstandvereine; Blindenanstalt Stuttgart; Weissen-
 thal; Carthagen; Grottenbach; Karlsbühl; Erziehungsanstalten in Leonberg,
 Oberensingen und Schönbühl; Marienberg und Stellen l. N.; Lichtstern
 und Tempelhof; Stammheim; Wilhelmshaus (Landstammesanstalt und
 T. in der Heilstätte); Winnenden (Pantlinpflege); Martinshaus in Alts-
 hausen; Waldberg-Gemeinde; Waldenhaus Bruff; Götterische Mission;
 Gustav Adolf Verein; Co. Br. diogenische Basel; Freidienstleistung hier.
 Die Gebet- und Betetungsliste kann von heute an bis zum 31.
 Januar bei Messner Köpfer eingesehen werden.
 Für alle diese Liebesgaben wird herzlicher Dank gesagt.
 Nagold, 22. Jan. 1914. Dekan Pfeleiderer.

A. E. G. u. Wotan Metalldrahtlampen
 Beste drahtfeste Lampe. 70% Stromersparnis.
 10—50 Krz. jede Spannung bis 139 Volt M. 110.
 " " " " " 139—250 " M. 175.
 Steuer extra. Wiederverkäufer Rabatt.
 Von 12 Lampen an franko.
Otto Keissele, Stuttgart, Ostendstr. 20.

Allen Sportsfreunden empfehle meine neuesten
Rodelschlitten mit Lenk- und
 Bremsvorrichtung
 Deutsches Reichs-Gebrauchsmuster 489214.
 Bei normerher Ausstattung sind dieselben äußerst solid
 und praktisch konstruiert, wodurch Unglücksfälle beim Rodeln
 fast ganz ausgeschlossen werden. Um gest. Abnahme bittet.
Gottlob Rähle, Schlossermeister, Nagold.
 Geben solche auch mietweise ab. Teilzahlung gestattet.

Möbel.
 Wir suchen ständige Lieferanten für
eichene Schränke, Nachttische u. Waschtische
 in nur tadelloser sauberer Arbeit und gut trocken
 Holz und erbitten Offerte unter Gebr. W. an die
 Exped. ds. Blts.

Bedeutende Margarin-fabrik
 erstes Werk der Branche, die sowohl in tierischer, als auch
 Pflanzenbutter-Margarine erstklassige, sehr beliebte Marken liefert,
 sucht für den Plog Nagold und größere Umgebung einen bei
 der Kolonialwaren- und Bäckerei-Kundschaft auf das Beste ein-
 geführten Herrn als
Betreter gegen hohe Bezüge
 u. Provision. —
 Bewerbungen mit Angabe von Referenzen erbeten unter
U. R. 1776 an Hauptstein & Vogler, A. G., Adm.

Erste
 mit Su
 Sonn- t
 Preis o
 hier mit
 1,35 M.
 und 10
 1,40 M.
 Württm
 Monats-
 nach 9
 M 2
 für
 werden
 Einstellu
 für das
 Oststatist
 Einstell
 Januar ob
 bezw. 191
 kräftig, gef
 (jüngere Le
 mäßigung).
 Angem
 sind: Eick
 macher, S
 Das
 Marine-Br
 2 Maschin
 Batterie).
 Die P
 5. (berst
 In de
 und Verpf
 wohnt; die
 Jahre ein
 Melde
 eines vom
 Meldezeit
 vier Jahre
 Kom
 Einstellu
 für die
 (Kaf
 Einstell
 Januar 191
 1918. Ver
 gesunde Zä
 Leute nur b
 Angem
 sind: Hand
 teure, Rech
 In der
 und Verpf
 wohnt; die
 Jahre ein
 Melde
 eines vom
 Meldezeit
 vier Jahre
 Kommand
 Bekannt
 wirtschaft,
 netter W
 Die j
 am Mont
 Zur Föde
 rogende B
 Bezirksver
 heim unter
 1. Um B
 mit B
 le ist g
 Heidem
 2. Wenn
 betrie
 derselbe
 3 Die un
 a) B
 1) B